



ISO Rhein-Neckar

Protestpostkarte gegen den Abbau bei Goodyear.



Foto: *Avanti*²

Arbeitsplatzvernichtung aus Profitgier? Jetzt Goodyear!

B. G.

Goodyear will seine hochprofitable Reifenproduktion in Philippsburg bis Ende 2017 schließen. Das bedeutet die Vernichtung von knapp 900 Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Goodyear ist das größte Unternehmen in der nordbadi-schen Kleinstadt.

Mittlerweile haben formelle Verhandlungen über einen Sozialplan begonnen. Bislang hatten dies Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft IG BCE strikt abgelehnt. Sie hatten zunächst auf

dem Erhalt der seit 50 Jahren bestehenden Fertigung beharrt.

Noch im Oktober 2016 stellte Karsten Rehbein, Leiter des IG-BCE-Bezirks Karlsruhe, in diesem Zusammenhang fest: „Das Ziel von Goodyear ist es, [...] den eigenen Profit noch weiter zu maximieren. Damit finden wir uns nicht ab.“ Goodyear-Betriebsratsvorsitzender Horst Haag sekundierte: „Hilfsangebote in Form von Abfindungen und ähnlichem befriedigen uns nicht. Wir wollen die Arbeitsplätze und Perspektiven für die Menschen erhalten.“

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

während bei GE Mannheim der Personalabbau und die Zerschlagung des traditionsreichen Werkes läuft, steht auch die Fabrik von Goodyear in Philippsburg vor der Schließung. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Region findet bisher kein Ende. In der aktuellen *Avanti*² berichten wir darüber.

Erneut beschäftigen wir uns mit den politischen Perspektiven hierzulande. Der anstehende Ostermarsch rückt die militärische Rolle der BRD und ihrer Bündnispartner ins Blickfeld.

Zudem machen wir uns auf die Spurensuche und schauen sowohl bei Karl Marx (150 Jahre *Das Kapital*) als auch in Petrograd (100 Jahre russische Revolution) vorbei.

Wir wünschen uns sehr, dass diese Themen für Euch interessant sind.

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	GESCHICHTE
01 GOODYEAR Werkschließung aus Profitgier	05 Februar 1917 Eine Rückschau
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	06 Oktober 1917 Putsch oder Revolution?
02 GE Kündigung als Geschenk?	THEORIE
POLITIK	07 Seminar 150 Jahre <i>Das Kapital</i>
03 2017 Politische Perspektiven (Teil 3)	RÜCKBLLENDE / TERMINE
04 Ostermarsch Wie die Militarisierung stoppen?	08 Lenins „Aprilthesen“ 1917 Entscheidender Kurswechsel?
	08 Termine

Fortsetzung von Seite 1

Das ist alles richtig. Dennoch gelang es auch im Fall Goodyear nicht, einen wirksamen betrieblichen und öffentlichen Widerstand zu organisieren. Dazu bedarf es einer Verteidigungsstrategie, die über Demos und Sozialplan-Verhandlungen hinausgeht.

„Widerstand gegen ‚Globalisierung‘ und Arbeitsplatzabbau“

Bereits im Juli 2005 hatten Betriebsrat und IGM-Vertrauenskörperleitung von Alstom Power Mannheim in einem Appell „Widerstand gegen ‚Globalisierung‘ und Arbeitsplatzabbau“ gefordert.

In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Jedes Jahr vernichten Unternehmen [...] Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. [...] Oft schreiben die Firmen wie im Falle Alstoms sogar schwarze Zahlen. Oft wird die Verlagerung der Arbeitsplätze durch Steuermittel gefördert. Dieser Prozess zerstört soziale Werte, wertvolles Fachwissen und wirtschaftliche Existenzen. Er beschleunigt Erwerbslosigkeit und Massenverarmung. Gleichzeitig explodieren die Gewinne. Diese Situation ist unerträglich! [...]“

Was [...] fehlt, das ist eine betriebsübergreifende Gegenwehr und

ein allgemeiner gewerkschaftlicher Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung.

Wir rufen deshalb alle Kolleginnen und Kollegen innerhalb unserer Gewerkschaften auf: Fordert in den Betriebsräten und in den gewerkschaftlichen Gremien eine aktive Politik gegen Arbeitsplatzabbau!

Wir rufen die Gewerkschaftsführungen auf: Setzt unsere gewerkschaftliche Kraft für die gemeinsame Verteidigung unserer Rechte ein!

Wir rufen deshalb alle von Entlassungen oder Werksschließungen bedrohten Belegschaften und unsere Gewerkschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg!

Fordern wir gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist ... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‘ (Artikel 14 GG.) Kämpfen wir deshalb auch für ein Verbot von Entlassungen! Unterstützen wir aktiv den Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau – ob bei Alstom oder anderswo!“

Dem ist nichts hinzufügen. ■

„Kündigung als Geschenk für GE-Beschäftigte!“

G.E.

Aus den Reihen der Mannheimer GE-Belegschaft erreichte uns der folgende - sarkastische - Text, den wir gerne veröffentlichen.

„Der erste Sklavenkrieg fand zwischen 136 und 132 v. Chr. auf Sizilien statt.

1780: Pennsylvania beschließt die stufenweise Freilassung aller Sklaven.

1818: In New Jersey wird ein Gesetz verabschiedet, das es verbietet, Sklaven aus diesem Staat in andere Bundesstaaten zu verkaufen.

2016: Der General Electric Konzern kämpft für die Freiheit von 1700 im Arbeitsverhältnis stehenden Menschen in Deutschland.

Ein chinesisches Unternehmen droht damit, die 1700 von der Befreiung betroffenen, ehemaligen Alstom Power-Beschäftigte in Deutschland zu übernehmen.

General Electric weist auf seine soziale Verantwortung hin, und kann daher nicht zulassen, dass seine Beschäftigten an ein chinesisches Unternehmen verkauft werden, wo deren Weiterbeschäftigung droht.

Vorteile für die „Befreiten“:

- Man kann ausschlafen
- Viel Zeit für die Familie
- Die Familie lernt das Geld zu schätzen
- Urlaub gemeinsam zu Hause genießen
- Kein Arbeitsstress
- Neue Lebensqualität
- Kaum Nahrungsmittelverschwendung
- Volle Freizeitentfaltungsmöglichkeit
- Neue berufliche Wege stehen offen
- Mehrere Jobs gleichzeitig möglich
- Erhöhte Chancen im Bereich prekärer Beschäftigung
- Geringe Steuerabzüge

Verrückte schreien nun nach Umsetzung von Artikel 14 GG [:] ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘ - ‚Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‘“ ■



Protesttransparent von GE-KollegInnen in Mannheim, 06. September 2016. Foto: Avanti²

„2017: Rechtsruck und kapitalistische Angiffe – Was tun?“

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen!“

Politische Resolution der ISO (Teil III)

Wir veröffentlichen hier weitere Abschnitte aus der Politischen Resolution der ISO zum Thema „Unsere Schwerpunkte“.

Die ersten beiden Teile dieses Textes haben wir in der *Avanti*² von Februar und von März 2017 veröffentlicht. Hier folgt nun der dritte Teil. Den Schluss der Resolution können wir aus Platzgründen erst in unserer Mai-Ausgabe veröffentlichen.

Wir wissen, dass wir keine vollständigen Antworten auf die wichtigen neueren Herausforderungen haben, auf die wir uns im Folgenden beziehen. Darum stellen wir uns die Aufgabe, unsere Positionen insbesondere zur linken Alternative zur EU, zur Flüchtlingspolitik, zur revolutionären Strategie heute weiterzuentwickeln – in den eigenen Reihen und im Dialog mit anderen antikapitalistischen Kräften.

1. Im kommenden Jahr finden zwei für die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland wichtige Wahlen statt, die Landtagswahlen in NRW und die Bundestagswahl. Bei beiden kommt es darauf an, den Aufwärtstrend der AfD zu brechen, indem besonders ihr Zustrom aus gewerkschaftlich Organisierten und den ärmeren Schichten der Bevölkerung gestoppt wird. Dabei kann es nicht nur darum gehen, ihr auf dem Wahlzettel eine Abfuhr zu erteilen.

Eine linke Partei, die in Koalitionsregierungen auf Landes- und kommunaler Ebene im wesentlichen das Elend von Jahrzehnten neoliberaler Politik verwaltet, wird nicht in der Lage sein, eine grundlegende Wende zum Besseren einzuleiten. Bestenfalls sorgt sie damit dafür, dass sich weitere Wählerschichten von der Politik abwenden, schlimmstenfalls profitiert die AfD davon.

[Außerparlamentarische Mobilisierungen gegen rechts]

Gegen rechts braucht es breite außerparlamentarische Mobilisierungen, die entschieden für die Verteidigung der Flüchtlinge und MigrantInnen eintreten. Wir betonen dabei die Verantwortung der marktradikalen Politik und der Großen Koalition für das verrohende gesellschaftliche Klima. Wir fordern offene Grenzen, eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, die Rücknahme der

Privatisierungen und den massiven Ausbau der vernachlässigten, öffentlichen Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, kostenlose Spiel- und Sporteinrichtungen, Ausbau stadtteilnaher kultureller Angebote, ein sanktionsfreies Existenzminimum, die Anhebung des Mindestlohns und eine drastische Arbeitszeitverkürzung).

Für besonders wichtig halten wir, dem von der radikalen Rechten versprühten rassistischen Gift in der ArbeiterInnenklasse eine an Klasseninteressen orientierte Politik entgegenzusetzen. Dazu unterstützen wir, wo immer es möglich ist, gemeinsame Kämpfe von Flüchtlingen, MigrantInnen, Prekären und den nicht prekären Schichten der Lohnabhängigen in den Stadtteilen wie in den Betrieben. Letztlich kann nur die Zusammenführung der Flüchtlinge, der MigrantInnen und der besonders benachteiligten Deutschen mit der Gewerkschaftsbewegung zum gemeinsamen Kampf für solidarische Lösungen die Lage nachhaltig zum Besseren wenden.

Im Kampf gegen Rechts unterstützen wir lokal jene Bündnisse und Initiativen, die auf eine breitest mögliche Einheit aller antifaschistischen Kräfte orientieren. Die Hofierung der AfD als „normale Partei“ lehnen wir ebenso ab, wie die Beschränkung ihrer Abwehr auf institutionelles Vorgehen. Wir treten für möglichst breit getragene Demonstrationen und eine Vielzahl von Aktionsformen (z. B. Blockaden) ein. Da staatliche Organe erfahrungsgemäß in vielfacher Weise mit rechten Gruppen verbunden sind, stehen für uns in erster Linie der solidarische gemeinsame Selbstschutz und der Schutz der Flüchtlinge im Vordergrund.

[Fortsetzung folgt.] ■

Aufruf zum Mannheimer Ostermarsch 2017

Die ISO-Rhein-Neckar unterstützt den Ostermarsch am Samstag, dem 15. April 2017, in Mannheim. Wir dokumentieren im Folgenden den Aufruf.

„Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!“

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Die Spannungen zwischen NATO und Russland können zum Krieg in Europa und weltweit eskalieren. Im Nahen Osten werden immer mehr Länder von Kriegen verwüstet. In Ostasien steigt die Kriegsgefahr. Der US-amerikanische Präsident Trump hat mit China einen neuen Feind ausgemacht.

Statt konsequent eine Politik der Deeskalation zu betreiben, setzt die Bundesregierung auf Ausbau und Einsatz der Bundeswehr. Die Bundeswehr soll weiterhin weltweit und grundgesetzwidrig im Innern eingesetzt werden. Aus „Solidarität mit den USA“ soll der deutsche Rüstungsetat und der der anderen EU-Staaten nahezu verdoppelt werden. Eine Abkehr von dieser Politik ist dringend geboten. Innerstaatliche und internationale Konflikte dürfen nicht mit Gewalt ausgetragen werden.

Für Frieden im Nahen Osten – gegen deutsche Kriegsbeteiligung

Kriege zerstören Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und Jemen. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Militärinterventionen und Angriffskriege, gleich von welcher Seite, hinterlassen Zerstörung und dauerhaften Krieg.

Die deutsche Beteiligung am Krieg in Syrien ist mindestens genauso sinnlos wie die vorher genannten Kriege. Der Aufstieg des IS ist auch eine Folge jahrzehntelanger verfehlter Politik westlicher Staaten. Militäreinsätze, Waffenlieferungen sowie Unterstützung diktatorischer Regime lösen die Konflikte nicht, sondern sie verschlimmern sie, erzeugen mehr Krieg und Terror.

Türkei: Keine Unterstützung des Despoten Erdogan

Das NATO-Bündnisland Türkei ist inzwischen selbst zu einem Problemfall geworden. Sie destabilisiert mit militärischen Operationen die Nahostregion, unterdrückt die kurdische und oppositionelle Bevölkerung im eigenen Land und ist auf dem Weg zur Diktatur. Eine Türkei mit dem Despoten Erdogan an der Spitze darf deshalb nicht länger unterstützt werden.

Ukraine: Deeskalation und friedliche Konfliktbeilegung

Der Krieg in der Ost-Ukraine birgt noch immer die Gefahr einer Eskalation. USA, EU und Russland sind gefordert, gemeinsam friedliche Lösungen mit der Ukraine zu erarbeiten, die zu einer

Deeskalation führen und der Bevölkerung ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Das friedliche Haus Europa kann nur mit, nicht gegen Russland erreicht werden. Deshalb Schluss mit NATO-Manövern an den Grenzen Russlands.

Auslandseinsätze beenden, für eine friedliche Außenpolitik

Seit den 1990er Jahren beteiligt sich Deutschland wieder an Kriegen und Militäreinsätzen. Die Bundeswehr wurde zu einer „Armee im Einsatz“, zur Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Handelswegen. Die Regierungskoalition fordert sogar eine noch stärker militarisierte Außenpolitik.

Es wird immer wieder versucht, die parlamentarische Zustimmungspflicht für Auslandseinsätze aufzuweichen und Auslandseinsätze somit zu erleichtern. Wir fordern die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze. Die deutsche Außenpolitik sollte zivil, nicht militärisch sein.

Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen

Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Die deutschen Waffenexporte - auch an kriegführende autoritäre menschenrechtsverletzende Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar - wurden entgegen aller Versprechungen nicht zurückgefahren. Die Aufrüstung von Kriegsparteien verschärft die Probleme. Sie können nur mit friedlichen Mitteln bei Einhaltung des Völkerrechtes und Achtung der Menschenrechte bewältigt werden.

Zivile Produktion statt Rüstungsexporte

Die Konversion von Rüstungsproduktion ist nötig, ebenso wie das Ende von militärischer Forschung an den Hochschulen. Rüstungsausgaben müssen drastisch reduziert und die eingesparten Rüstungsmilliarden für die Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit verwendet werden.

Friedensbildung statt Militarisierung

Die Bundeswehr wirbt verstärkt in Bildungseinrichtungen – nicht nur in Schulen, sogar schon in Kindergärten. Aber auch bei Ausbildungsmessen, in Arbeitsagenturen, in Medien und bei Volksfesten wird um Nachwuchs und für Zustimmung für die von ihr geführten Kriege geworben. Schluss mit der Werbung für Krieg und Militär! ■



Vor 100 Jahren: Die russische „Februarrevolution“

K. S.

So lautete das Thema unserer ISO-Veranstaltung am 24. März, bei der es eine sehr lebhafte und interessante Diskussion gab. Für alle, die nicht dabei sein konnten, veröffentlichten wir im Folgenden eine stark gekürzte Version des Einleitungsreferats.

Der Begriff Revolution ist im herrschenden Sprachgebrauch aufgrund der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland meist negativ belegt. Jeder Gedanke und jedes Engagement für eine grundlegende Beseitigung von sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Missständen soll damit tabuisiert werden.

Dabei sind große demokratische und soziale Fortschritte ohne Revolutionen nicht denkbar.

Wachsende Unzufriedenheit

Während des Ersten Weltkrieges mussten die russischen Arbeiter und Bauern einen hohen Blutzoll zahlen. Der Zar war Oberbefehlshaber der Armee und Marine und somit auch persönlich verantwortlich für dieses Verbrechen.

An der Front und in der Flotte kam es immer wieder zu Meutereien. Ganze Truppenteile desertierten geschlossen. Offiziere, die sich den Soldaten entgegenstellten, mussten um ihr Leben fürchten.

Je länger der Krieg dauerte, um so schlechter wurde die Versorgungslage auch in den Städten, und die Inflation stieg immer weiter. Die Empörung in den ausgebeuteten Klassen wuchs.

Trotz der Spontaneität vieler Widerstandsaktionen hatten die Bolschewiki eine gewisse Bedeutung. Sie zählten zu jener Zeit zwar nur etwa fünftausend Mitglieder, aber sie hatten einen spürbaren Einfluss in Großbetrieben, Arbeitervierteln und einzelnen Militärsektionen.

Sturz des Zarismus

Am 8. März 1917 (23. Februar 1917 nach dem damals in Rußland gültigen julianischen Kalender) begann die „Februarrevolution“, die die Zarenherrschaft stürzte.

Auslöser des Umsturzes waren Hungerproteste von Arbeiterinnen in Petrograd. Immer größere Teile der Arbeiterschaft traten daraufhin in den Streik.

Basisdemokratische Arbeiterräte (Sowjets) koordinierten in der Tradition der revolutionären Erhebung von 1905 in den Betrieben und Stadtvierteln die Bewegung.

Am 10. März (25. Februar) weiteten sich die Demonstrationen und Streiks noch einmal aus.

Am 11. März (26. Februar) befahl der Zar per Dekret die Auflösung der Duma (des russischen Parlaments). Die Abgeordneten lehnten das aber ab und widersetzten sich dem Befehl.

Ab dem 12. März (27. Februar, „Roter Montag“) - also am fünften Tag der Revolution - existierten dann zwei Strukturen der politischen Macht: der Sowjet und die Duma.

Viele Soldaten standen mittlerweile auf der Seite der Revolution.

Die Abdankung des Zaren wurde gefordert und am 15. März (2. März) seine Absetzung verkündet. Rund 1.500 Menschen hatten allein in Petrograd ihr Leben im Kampf gegen den Zarismus lassen müssen.

Die Doppelherrschaft

Eine Provisorische Regierung (Übergangsregierung) wurde gebildet. Fast alle ihre Mitglieder entstammten dem Großbürgertum, und sie war ohne jede wirkliche Autorität. An ihrer Spitze standen Leute, die den Massen verhasst waren.

Vor allem die in den Großstädten entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte betrachteten hingegen den Petrograder Sowjet als ihre legitime Regierung.

So entstand die Doppelherrschaft. Auf der einen Seite die Provisorische Regierung unter der Führung der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Auf der anderen Seite der zentrale Sowjet, der das Vertrauen der revolutionären ArbeiterInnen und Soldaten genoss.

Eine solche Situation ist notwendigerweise instabil und nur von vorübergehender Dauer. Entweder der Bourgeoisie gelingt es, die Macht in einer Konterrevolution vollständig an sich zu reißen, oder die aufständischen Massen verteidigen ihre Räte-Macht.

Ein Fazit

Fünf Tage im Februar 1917 verwandelten Russland in eine bürgerlich-demokratische Republik mit Strukturen der Doppelmacht. Ihre Errungenschaften waren Koalitionsrecht, Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, das Frauenwahlrecht, der Achtstundentag und anderes mehr.

Die Hauptforderungen der aufständischen Massen nach Frieden, Brot und Boden blieben jedoch unerfüllt. Vielmehr setzte die Provisorische Regierung den Weltkrieg an der Seite der Entente (Frankreich und England) fort. Deshalb war sie auch nicht imstande, die neue bürgerliche Ordnung zu stabilisieren.

Die „Februarrevolution“ ist ein Schlüsselereignis für das 20. Jahrhundert gewesen.

Sie war das Vorspiel für den „roten Oktober“ rund sieben Monate später. Sie erschütterte weit über Russland hinaus große Teile der kapitalistischen Welt. Sie beschleunigte nicht nur das Ende des Ersten Weltkriegs, sondern einen bisher nicht gekannten Aufschwung der revolutionären ArbeiterInnenbewegung. ■



Es wird im Februar 1917 auch für das Wahlrecht der Frauen gekämpft.

Oktoberrevolution in Russland 1917 – Putsch oder Aufstand?

MANUEL KELLNER

Hundert Jahre russische Revolution – und wieder verbreiten die bürgerlichen Medien ihre alte Leier: Die Eroberung der politischen Macht durch die Bolschewiki am 25. Oktober 1917 alter Zeitrechnung (8. November) wäre der Putsch einer kleinen Minderheit gewesen.

Für die *Süddeutsche Zeitung* zum Beispiel liegt die Würze in der Kürze: „Im Oktober putschen die Bolschewisten erneut - diesmal erfolgreich: Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt unter seinem Kampfnamen Lenin, reißt die Macht an sich.“ (<http://www.sueddeutsche.de/politik/russisches-revolutionsjahr-wie-das-zarenreich-unterging-1.3409424-10>)

Die geschichtliche Forschung kommt zu anderen Ergebnissen. Kein Wunder, wo doch Zeitzeugen - ausgewiesene politische Gegner der Bolschewiki! - schon ganz anders geurteilt hatten. So schrieb der Menschewik N. N. Suchanow: „Es ist sichtlich unsinnig, von einem Militärputsch statt von einem Volksaufstand zu sprechen, wenn hinter der Partei der überwältigende Teil der Bevölkerung steht und die Partei de facto bereits die gesamte reale Macht und Autorität erobert hat.“

Der bürgerliche deutsche Wissenschaftler Oskar Anweiler stellte fest: „In den Arbeiterräten der weitaus meisten Industriestädte hatten die Bolschewiki die Mehrheit, ebenso in den meisten Soldatenräten der Garnisonsstädte.“ Die englische Historikerin Beryl Williams schrieb im gleichen Sinne: „Die Massen sahen die Sowjetmacht ... als Lösung ihrer Probleme an, und nur die Bolschewiki wurden wirklich mit der Sowjetmacht identifiziert. ... Ihre Partei konnte sich nun auf einer Welle der Sympathie an die Macht tragen lassen.“

Am 10. Oktober (23. Oktober) sprach sich das Zentralkomitee der Bolschewiki für den Aufstand aus, ohne ein konkretes Datum zu nennen. Beide Seiten – die bereits weitgehend isolierte Provisorische Regierung und hochrangige Offiziere ei-

nerseits und revolutionäre Matrosen, Soldaten und aus den Belegschaften der Industriebetriebe hervorgegangene Rote Garden andererseits bereiteten sich vor aller Augen auf die entscheidende Auseinandersetzung vor.

Die Entscheidung

Das revolutionäre Militärkomitee unter Leitung von Leo D. Trotzki war eine offizielle Einrichtung der Sowjets, der Räte. Dieses Komitee gab das Signal zum Aufstand mit einer defensiv gehaltenen Losung: „Die Revolution ist in Gefahr! Abwehr der Verschwörer!“

In wenigen Stunden waren in der Hauptstadt Petrograd alle wichtigen Schaltstellen besetzt, und schließlich wurde auch die Regierung verhaftet. Dabei gab es nur ganz wenige Opfer, viel weniger als beim Februar-Aufstand, als die Zarenherrschaft zusammenbrach – und sehr viel weniger als auf den deutschen Autobahnen an einem beliebigen Wochenende des Jahres 2017. Lynchmorde von Seiten der aufgebrachten Menge waren Einzelfälle. Führende Bolschewiki wie Wladimir A. Antonow-Owsejenko

verhinderten solche Racheakte mit Appellen, die Ehre der Revolution nicht zu beflecken.

Zeitgleich trat der neu gewählte Sowjetkongress in der Hauptstadt zusammen, der gesamt-russische Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Mit 390 von 650 Delegierten hatten die Bolschewiki dort eine absolute Mehrheit. Gemäß ihrer Losung „Alle Macht den Räten!“ übergaben die Aufständischen diesem Rätekongress die Macht. Die bolschewistische Mehrheit bildete daraufhin zusammen mit den linken Sozialrevolutionären eine Koalitionsregierung, den ersten Rat der Volkskommissare. Die Räte-macht war in den ersten Jahren der Revolution radikal demokratisch, und mehrere Parteien und Strömungen waren in ihr vertreten. ■

Vgl. zum Thema: Ernest Mandel, Oktober 1917, Staatsstreich oder soziale Revolution, Köln 1992.



Achtung Ironie (?): Der Bolschewik, Ölgemälde von Boris Kustodijew (1920).

Foto: Gemeinfrei

150 Jahre Karl Marx und *Das Kapital*

Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar am 22. und 23. April 2017 in Mannheim

Vor 150 Jahren vollendete Karl Marx die Arbeit am ersten Band seines epochalen Werks *Das Kapital*.

Wir nehmen dies zum Anlass, um die Bedeutung und die Aktualität seiner Analyse und Kritik des Kapitalismus zu untersuchen.

Zudem wollen wir uns mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

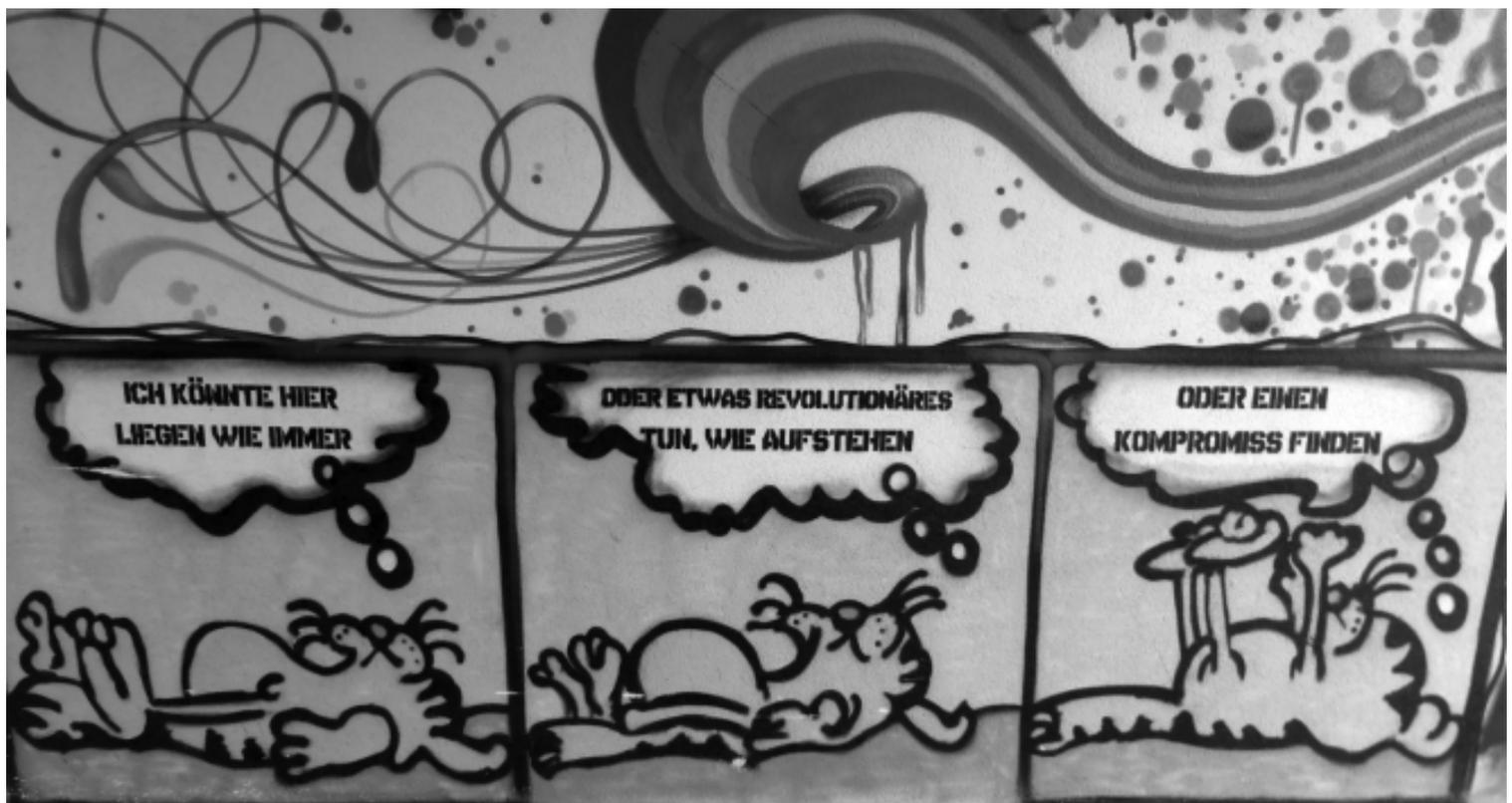
- Wodurch ist der heutige Kapitalismus gekennzeichnet?
- Welche Alternativen zur bürgerlichen Herrschaft hat Marx (gemeinsam mit Friedrich Engels) vorgeschlagen?
- Welche Wege zur Bekämpfung des Kapitalismus sind von Marx (und Engels) aufgezeigt worden?
- Kann unser heutiges Engagement für eine solidarische Welt noch heute auf Marx' (und Engels') Überlegungen Bezug nehmen?



Sockel des Marx-Denkmal in Chemnitz: Nicht nur Depeche Mode ist auf der Suche nach der Revolution.
Foto: Avanti²

Weitere Informationen und Anmeldung bei den GenossInnen der ISO Rhein-Neckar oder unter:

info@iso-4-rhein-neckar.de



Revolutionäres Dilemma: Wandmalerei in Chemnitz.

Foto: Avanti²

Lenins „Aprilthesen“ 1917

K. S.

Im April 1917 traf Lenin mit einigen seiner GenossInnen aus dem Exil am Finnischen Bahnhof in Petrograd ein. Er rief zur Machtergreifung der Arbeiter, Bauern und Soldaten auf. In seinen „Aprilthesen“ forderte er – zur Überraschung der meisten Bolschewiki – den Sturz der prokapitalistischen

Provisorischen Regierung. Das stand in völligem Widerspruch zu dem Dogma, dass vor der proletarischen erst eine bürgerliche Revolution stattfinden müsse. Lenin forderte dagegen, so schnell als möglich die sozialistische Revolution einzuleiten. ■



Lenin hält im Taurischen Palais in Petrograd eine Rede vor dem Petrograder Sowjet. (4. April 1917 nach julianischem / 17. April 1917 nach gregorianischem Kalender).

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- - DO, 06.04.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- - SA, 15.04.2017, 12:00 Uhr, Ostermarsch ab L1 / Schloss, 13:30 Uhr Kundgebung Alter Messplatz, MA
- - DO, 20.04.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- - SA, 22.04.2017, 14:00 Uhr, ISO-Seminar „Karl Marx: 150 Jahre *Das Kapital*“, MA
- - SO, 22.04.2017, 10:00 Uhr, ISO-Seminar „Karl Marx: 150 Jahre *Das Kapital*“, MA
- - FR, 28.04.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA
- - MO, 01.05.2017, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus, 11:00 Uhr Kundgebung Marktplatz, MA